JOURNAL AfD

AfD-Fraktion Frankfurt (Oder)

Auflage: 30.000 Stück

9. Ausgabe

Tel. 0179 323 81 46

Frankfurt (Oder)

MEIN HERZ FÜR FRANKFURT

WILKO MÖLLER

Curriculum Vitae

Persönliche Daten:

Name:	Wilko Möller
Alter:	58 Jahre
Geburtsort:	Hannover
Familienstand:	Familienvater, fünf Kinder
Beruf:	Polizeibeamter bei der Bundespolizei

Schulbildung:

1983 bis 1986	Fachhochschulreife

Berufsausbildung:

1986 bis 1989	Ausbildung zum Groß- u. Außenhandelskaufmann in Erftstadt (bei Köln)
1989 bis 1992	Ausbildung zum Polizeivollzugsbeamten im mittleren Dienst beim Bundesgrenzschutz
1999 bis 2002	Ausbildung zum Kriminalkommissar beim Bundeskriminalamt

Praktika:

1997	Fortbildungspraktikum beim LKA 343 Berlin (GE Schleuser, Scheinehe, Asylbetrug)

Beruflicher und dienstlicher Werdegang:

1989	Kaufmännischer Angestellter in Erftstadt (bei Köln)
1992 bis 1994	Kontroll- und Streifenbeamter in Frankfurt (Oder)
1994 bis 1997	Ermittlungsbeamter
2002 bis 2003	Sachbearbeiter und Teamleiter „Schleusungskriminalität“ im Ermittlungsdienst der Bundespolizeiinspektion Frankfurt (Oder)
2004 bis 2006	stellvertretender Dienstgruppenleiter in Frankfurt (O.)
2006 bis 2008	Dienstgruppenleiter bei der Bundespolizei in Guben
2008 bis 2012	Teamleiter „Bahnkriminalität“ beim Ermittlungsdienst bei der Bundespolizei in Frankfurt (Oder)
2012 bis 2019	stellvertretender Dienstgruppenleiter und Dienstgruppenleiter in der Bundespolizeiinspektion Bundeskanzleramt
seit 2019	direkt gewählter Abgeordneter im Landtag Brandenburg

Sonstiges:

seit 1994	Mitglied im Schützenverein „Märkische Teufel Booßen“
seit 2013	Vorsitzender der AfD-Fraktion Frankfurt (O.) und Vorsitzender im AfD-Stadtverband

Liebe Frankfurter Bürger!

Am 21. September 2025 wählen Sie einen neuen Oberbürgermeister.

Es geht hier nicht um Parteipräferenz, sondern um eine Personalie, die die kreisfreie Stadt Frankfurt (Oder) mit Rückgrat, Führungserfahrung und Durchsetzungsfähigkeit endlich nach vorne bringt.

Die vergangenen Jahre und die Wahlperiode davor zeigen uns, ein „WEITER SO“ darf es nicht geben. Wir brauchen JETZT die Wende für Frankfurt (Oder).

Ich stehe für Ehrlichkeit und verlässliche Politik für die Bürger. Der verantwortungsbewußte Umgang mit Ihren Steuergeldern ist Teil meiner Lebenseinstellung.

Der langjjährig ausgeübte Polizeiberuf in vielen Führungsfunktionen und Sachbearbeitung, die kaufmännische Berufsausbildung und meine sechsjährige Tätigkeit als Landtagsabgeordneter zeigen eben eine gewisse Lebenserfahrung.

Ich strebe das Amt des Oberbürgemeisters an, um Frankfurt zu dienen und nicht als eine Stufe in der Karriereleiter auszunutzen. Ich lebe seit 1992 in Frankfurt (Oder) Ich habe vier Töchter, die u. a. in Frankfurt (Oder) geboren wurden, arbeiten und zur Schule gehen. Deshalb liegt mir das Leben in Frankfurt besonders am Herzen. Frankfurt muss von einem Bürgermeister mit Zivilcourage in eine erfolgreiche Zukunft geführt werden. Frankfurt hat es nicht verdient, von Karrieristen und Versorgungspostenempfängern nur noch verwaltet zu werden.
Ich bitte um Ihr Vertrauen und Ihre Stimme zur Oberbürgermeisterwahl am Sonntag, dem 21. September 2025.

Machen wir Frankfurt (Oder) großartig!

Ihr Wilko Möller

FÜR FRANKFURT (ODER) DEINETWEGEN!

Der 10 - Punkteplan für Frankfurt (Oder)

• Die Innere Sicherheit gehört in Profihand - Angsträume befrieden – Kriminalität bekämpfen (Beispiel: Pablo-Neruda-Block);

• Auf Wertschöpfung durch Schaffung von Industriearbeitsplätzen und auf Wachstum setzen, Technologieoffenheit und neue Ideen ergreifen, umsetzen - Gewinne erzielen;

• Mehr bezahlbares Bauland für Familien mit Kindern schaffen - Begrüßungsgeld für Kinder;

• Schlanke effiziente bürgerfreundliche Verwaltung, statt immer höhere Gebühren und Steuern, kein planmäßiges Abkassieren durch Bußgelder gegen die Bürger;

• Der Haushalt der Stadt ist seit 2014 um mehr als 100 Mio. Euro gewachsen, ohne dass die Stadt größer geworden ist. Die Kosten für Transferleistungsempfänger stiegen dabei überproportional. Aus ideologischen Gründen hat die Stadtführung nicht reagiert. Hier muss jetzt die Stadt gegensteuern und eine Trendwende einleiten;

• Klare Kante gegen Extremismus und Demokratiefeinde;

• Mehr Lebensqualität: Freibad für Frankfurt, Helenesee-Eröffnung vorantreiben, mehr große Bäume in der Innenstadt pflanzen, auf Sauberkeit und Pflege der Stadt achten;

• Der Bürger steht im Mittelpunkt – kein Steuergeld für Ideologieprojekte (Beispiel: Abschaffung von Parkplätzen in der Karl-Marx-Straße);

• Immer wieder für Frankfurt (Oder) werben und Gehör verschaffen - neue Behörden anwerben; Potenziale der Stadt identifizieren und fördern;

• Frankfurts Rolle als Oberzentrum im Land Brandenburg an der Deutsch-Polnischen Grenze stärken (z. B. Sonderzone mit niedrigen Steuersätzen einführen);

AfD Fraktion Frankfurt (Oder)

SPENDENKONTO

Bankverbindung
AfD-Stadtverband Frankfurt (Oder)
Deutsche Bank AG

IBAN: DE18120700240223933300
BIC: DEUTDEDB 160

Wenn Sie für die AfD spenden möchten, dann bitte im Verwendungszweck Ihren Namen und Ihre Anschrift eintragen, damit wir Ihnen eine Spendenquittung zusenden können (Über die Steuererklärung können Sie die Spende sehr günstig absetzen).

Unser Bundestagsabgeordneter Galla

Immer ganz nah dran an den Bürgern, immer da wo Sie auch sind, immer ein offenes Ohr für die Sorgen, die Nöte aber auch die Freuden der Menschen hier bei uns in Oder-Spree. Getreu diesem Motto waren die AfD-Landtagsabgeordnete Kathi Muxel und der AfD-Bundestagsabgeordnete Rainer Galla heute in Erkner. Vor dem Lidl hatten sie den Infostand aufgebaut, Informationsmaterial verteilt, kleine Werbegeschenke der AfD ausgegeben und viele Gespräche geführt.

Der Gesprächsbedarf bei den Bürgern ist groß, denn es gibt nicht wenige, die ihr Kreuz bei der CDU gemacht haben und jetzt maßlos enttäuscht sind vom Lügenkanzler Merz.

Vor der Wahl versprochen, nach der Wahl gebrochen: Selbst im Koalitionsvertrag war allen Bürgern eine Entlastung bei den Strompreisen versprochen worden. Das hat Merz jetzt kurzerhand abgeblasen.

5 Milliarden hätte eine echte Entlastung der Bürger gekostet, das Geld schenkt Merz dann doch lieber der Ukraine.

Foto: Galla am Infostand

www.kathi-muxel.de
www.rainer-galla.de
www.afd-los.de

Frau Kathleen Muxel:
Telefon 0331 966-1826,
E-Mail: kathi.muxel@afd-frakton.brandenburg.de

Herr Rainer Galla:
Telefon: 030 2257078,
E-Mail:
rainer.galla@bundestag.de

Die Haltung der AfD zu Fragen von Krieg und Frieden

Foto: AdobeStock

Am Sonnabend, dem 25.05.2025 veröffentlichte die Märkische Oderzeitung einen Beitrag des CDU-Vertreters Ludwig Patzelt.

Mit einem offenen Brief hat hier Patzelt seine Kritik am Gedenken um den 8. Mai geäußert. Die Vertreter Russlands werden, Zitat: „Repräsentanten eines völkerrechtswidrigen Unrechtsstaates" genannt.

Verdiente Bürgerrechtler wie Christian Gehlsen werden in diesem Artikel mit, Zitat: „bedingungsloser Unterwerfer Russlands" [1] gleichgesetzt.

Ludwig Patzelt hat hier ein totales Unwissen historischer Zusammenhänge und keinerlei Bildung von Geopolitik bewiesen.

Sein Beitrag spaltet die Gesellschaft weiter mit Hass und Hetze.

Dialogveranstaltungen des Bürgerrechtlers Herrn Gehlsen werden mit, Zitat: „ostdeutsche Friedensapostel" [1] bezeichnet.

Das hier AfD und BSW zu Wort kommen, stört Herrn Patzelt.
Auch in Bezug auf die Bürgermeisterwahl hat sich die CDU damit weiter isoliert.

Die AfD versteht Stadtpolitik auch als Brücken bauen in Richtung Osten.

Wir setzen uns aktiv für die Bewahrung der Städtepartnerschaften in Richtung der Ukraine und Belarus ein.

Das Ziel ist, die Ukraine mit Sinn und Verstand für Europa zu erhalten.

Jürgen Fritsch

1 Märkische Oderzeitung, 25.05.2025, L. Patzelt

Foto: AdobeStock

Brief an den Präsidenten der Viadrina, Herrn Mühle

Sehr geehrter Herr Präsident Mühle,

Sie haben am 20.06.2025 ein Interview in der Zeitung MOZ gegeben.

Die Überschrift heißt „Sorge vor AfD-Erfolg“ und bezieht sich auf die bevorstehenden Wahlen zum Bürgermeister in Ffo.

Im Jahresbericht benennt die Uni den wachsenden Rechtspopulismus als Problem für die Viadrina.

Dazu meine Anmerkungen, die Ihnen eine bessere Einschätzung ermöglichen soll.
Meine persönliche Einstellung und die Einstellung der AfD in Frankfurt (Oder) ist national konservativ. Der in diesem Zusammenhang verwendete Begriff Rechtsradikalismus ist der Vorwand, der AfD mit Hass und Hetze zu begegnen.
Tausende Menschen mit national konservativer Einstellung wurden von Nazis und Stalinisten ermordet.

Im Widerstand haben stellvertretend für alle, zum Beispiel Reichskanzler Schleicher und Graf Schenk von Stauffenberg, ihr Leben gegeben.

Ich habe als Beitrag zur Verständigung der unterschiedlichen politischen Haltungen und Einstellungen im März, gemeinsam mit dem Friedensnetz und dem Bürgerrechtler Christian Gehlsen, eine Dialogveranstaltung durchgeführt.
Für das kommende Wintersemester plant die Universität eine Ringvorlesung „Wie umgehen mit dem Rechtsradikalismus“.

Ich erkläre meine Bereitschaft zur Teilnahme.

Jürgen Fritsch
Stadtverordneter AfD

Foto: Alarmy

1. Trauerjahr von Ingolf Schneider

ERINNERUNG - Der erste Todestag jährt sich

Am 14. Juli 2024 verstarb unser Fraktionsvorsitzender der AfD-Fraktion Frankfurt (Oder) Ingolf Schneider, im Alter von nur 54 Jahren.

SKANDAL der CDU-Frankfurt (Oder)

Die CDU Frankfurt (Oder) hat Demokratie nicht verstanden! Der Skandal, der sogar die Staatsanwaltschaft zum Handeln zwang.

„Wenn es ganz schlecht aussieht, dann soll man sagen, wie es ist." Dieser Satz wird Bertolt Brecht zugeschrieben, und wir wollen ihn der Mehrheit in der Frankfurter Stadtverordnetenversammlung (SVV) einmal vorhalten.

Unsere AfD-Fraktion hatte vor einiger Zeit einen Antrag gestellt. In einer äußerst ernsten Angelegenheit. Der ehemalige OB Wilke versuchte mit Frau Schrade (CDU und Vorsitzende der SVV) diesen gegen die AfD zu verwenden.

In unserer Anfrage an die Stadtverwaltung hatten wir uns erkundigt, wie viele Syrer, Afghanen, Iraker, Türken und Männer aus den Maghrebstaaten seit 2015 in Frankfurt (Oder) gemeldet waren und wie viele davon eingebürgert wurden. Wir wollten wissen, wie viele eine Duldung genießen, weil sie nicht abgeschoben werden können und wie hoch die Kosten sind, die dem Steuerzahler aus diesen Grund entstanden sind. Unsere Anfrage betraf die Zahl psychisch kranker Schutzsuchender und die Kosten für ihre Behandlung.

Ferner interessierte uns, was die Stadt Frankfurt im Sinne des Vollzugs der Ausreisepflichtigen unternehmen will, was sie unternommen hat, um die Einwohner Frankfurts vor gefährlichen Personen zu schützen und wo die Schwerpunkte des Auftretens von Migranten-Gewalt liegen.

Diese Anfrage kam nicht von ungefähr, sie hatte einen todernsten Hintergrund. In den Vorbemerkungen verwiesen wir auf rund 300 Fälle, in denen Kinder von sogenannten Schutzsuchenden seit 2015 getötet wurden. Die Taten passierten u. a. in Berlin, Aschaffenburg, Mannheim, Magdeburg, Solingen und anderen deutschen Städten. Offensichtlich handelt es sich eben nicht um die immer wieder behaupteten Einzelfälle, sondern um einen importierten Terror gegen uns Deutsche, gegen unsere Kultur, unsere Lebensweise. Die meisten Gewaltverbrecher stammen laut BKA aus Syrien, Afghanistan, Irak und der Türkei. Der vormalige Bundesgesundheitsminister Lauterbach stellte fest, dass rund 30 Prozent der „Schutzsuchenden" psychisch krank sind und behandelt werden müssten.

Was kann denn angesichts dieser bedrückenden Bilanz der deutschen Migrationspolitik legitimer sein als unsere Fragen?

Dieser Antrag wurde von der Tagesordnung genommen. Einen Grund erfuhr die AfD-Fraktion zunächst auch auf Nachfrage nicht. Die Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung, Frau Dèsirèe Schrade, ihres Zeichens auch Kreisvorsitzende der CDU Frankfurt (Oder), hatte später behauptet, dass sie den Antrag von der Tagesordnung genommen hat, weil sie darin eine strafbare Handlung vermutet. Dabei nannte sie Verletzung der Menschenwürde und Volksverhetzung. Nach Rücksprache mit dem damaligen Oberbürgermeister Wilke wurde der Antrag der Staatsanwaltschaft in Frankfurt (Oder) zur Prüfung übergeben.

Die Prüfung durch die Staatsanwaltschaft ergab keinen Handlungsbedarf oder auch nur den Verdacht strafrechtlich relevante Bestrebungen. Die Staatsanwaltschaft kam zu dem Schluss, dass die Stadt die genannten Fragen der AfD beantworten muss. Die daraufhin von Frau Schrade eingeleitete Dienstaufsichtsbeschwerde gegen die Staatsanwaltschaft, die vom OB mit unterschieben worden war, ging ins Leere. Der Innenaus-

schuss des Landtags sah keinen Handlungsbedarf. Die Dienstaufsichtsbeschwerde entfaltete laut Rechtsausschuss des Landtags zufolge keine Wirkung, weil ein Fehlverhalten der Staatsanwaltschaft nicht erkennbar sei. Der Justizminister lehnte es ab, einzuschreiten. Schließlich hat auch der Generalstaatsanwalt kein Fehlverhalten seiner Staatsanwaltschaft Frankfurt (Oder) erkennen können.

Nun sind alle rechtlichen Prüfungen unseres Antrages bestanden. Die Einschätzungen des ehemaligen Oberbürgermeisters und der CDU-SVV Vorsitzende Schrade gegen die AfD-Stadtverordneten waren falsch. Die Streichung von der Tagesordnung war somit rechtswidrig. Der Skandal lag mithin im Umgang mit unserem Antrag – nicht am Inhalt des Antrages selbst. Er ist weder rechtextrem noch rassistisch, noch skandalös. Er ist getragen von der Sorge um das Wohlergehen der Bürger in unserer Stadt.

Die Vorsitzende der SVV Frau Schrade hat ihre Kompetenzen überschritten. Und das einzig mit dem Ziel, die AfD in ihrem Streben zu behindern, die Bürger Frankfurts zu schützen.
Frau Schrade, Ihre Äußerungen uns gegenüber, waren beleidigend.
Können wir nun endlich zur Sachlichkeit zurückkehren? Wir fordern die Stadt auf, unsere legitimen Fragen umfassend und nach bestem Wissen zu beantworten. Die bisherige Antwort (siehe QR-Code) ist eine weitere Beleidung und Frechheit.

Die AfD-Fraktion Frankfurt (Oder)

EXKURS:

In ihrer Antwort auf eine parlamentarische Anfrage der AfD-Landtagsfraktion teilte die Landesregierung mit, dass sich der Anteil nicht-deutscher Strafgegangener in den Gefängnissen Brandenburgs innerhalb der vergangenen zehn Jahre von 20,2 Prozent auf 39,8 Prozent erhöht hat. Waren am 31. März 2015 noch 281 Gefangene mit nicht-deutscher Staatangehörigkeit inhaftiert, ist ihre Zahl bis zum 31. März 2025 auf 460 gestiegen. Fast die Hälfte (192) stammt aus Polen. Die Gesamtzahl der Häftlinge hat im genannten Zeitraum von 1.391 auf 1.154 abgenommen.

Dazu erklärt der rechtspolitische Sprecher der AfD-Fraktion Michael Hanko:

„Die unkontrollierte Masseneinwanderung nach Deutschland hat auch in Brandenburg zu einer wachsenden Gefahr für die innere Sicherheit und Ordnung geführt. Der Anteil nicht-deutscher Strafgefangener ist binnen der vergangenen zehn Jahre von 20 Prozent auf 40 Prozent gestiegen. Dagegen sind Zahl und Anteil deutscher Strafgefangener rückläufig. Es steht zu befürchten, dass diese Angaben noch nicht einmal das ganze Ausmaß der eigenverschuldeten bedrückenden Lage wiedergeben. Denn die erfragten Angaben dazu, wie viele Strafgefangene einen deutschen Namen tragen, hat die Landesregierung in ihrer Antwort mit dem Verweis auf Persönlichkeitsrechte nur unkonkret verweigert. Es ist mit den Händen zu greifen, dass die Migrationspolitik der etablierten Parteien gescheitert ist und unser Land in eine katastrophale Lage geführt hat. Unschuldige Opfer müssen erleiden, was eine vernagelte Politik ihnen aufgezwungen hat."

Antwortschreiben oberbügermeister Wilke

Dienstaufsichtsbeschwerde gegen
die Staatsanwaltschaft FFo Frau Schrade

CORONA.FILM

coronafilm.de – Teil 1 bis 4 von 6

Im ersten Teil der Filmreihe beleuchtet MWGFD-Mitglied Dr. Wolfgang Wodarg die Hintergründe der Corona-Krise und legt seine Überzeugung dar, dass die Krise gezielt inszeniert wurde. Der Film ruft die Chronologie der politischen Entscheidungen in Erinnerung und zeigt, wie bei der überstürzten Zulassung der Covid-19-„Impfstoffe" gegen medizinische Standards verstoßen wurde.

Diese Anzeige ist eine Aktion der *Frankfurter Freigeister* – folgt uns auf Telegram: *t.me/Frankfurter Freigeister – Info-Kanal*

UNTERSTÜTZT UNS! MIT DEM ERWERB VON UNSEREN TOLLEN WERBEARTIKELN

Unsere Zeitungen im Überblick

Hier geht es zu den letzten Ausgaben

www.afd-ffo.de/journal/

Seite 11

GRUND(S)TEUER

Das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes löste eine Neuberechnung der Grundsteuer aus.

Leider führte es dazu, dass Eigenheimbesitzer, die Häuser nach 1990 bauten oder kauften nun massiv mehr Grundsteuer jährlich bezahlen müssen. Ein Beispiel aus Frankfurt (Oder):

Bisher zahlte eine ganz normale Familie mit zwei Kindern 148,00 Euro für ein freistehendes Einfamilienhaus am Frankfurter Stadtrand
(700 m^2 Grundstück, 138 m^2 Wohnfläche und Baujahr 2004).

Nach der sog. Grundsteuerreform zahlt die Familie jetzt 935,00 Euro im Jahr. Viele sprechen von einer neuen Vermögenssteuer oder Enteignungssteuer. Denn diese hohen Steuerbescheide sind kein Einzelfall. Es steckt eine Systematik dahinter, die demokratischen Parteien resp. der Gesetzgeber will, dass Hausbesitzer massiv mehr Grundsteuer zahlen sollen. Es trifft im Wesentlichen die Mittelschicht, die sich aus versteuerten Einkommen Häuser gebaut haben. Auf die Bauleistung haben sie auch noch 19 % Mehrwertsteuer und 6,5 % Grunderwerbssteuer gezahlt. Das nennen wir Steuerwahnsinn.

Nicht genug, dass die Finanzämter die Steuermeßzahl massiv erhöhten, um dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zu genügen, unsere Stadt erhöhte unter der Akzeptanz der CDU, SPD, Grüne etc. den Steuerhebesatz von 480 % auf 608 %. Nicht nur, dass fast alle anderen Gebühren und Steuern in Frankfurt massiv angehoben wurden – auch ein AfD-Kompensationsvorschlag wurde durch CDU, SPD etc. abgelehnt. Wir wollten, dass der sog. Hebesatz nicht von 480 % auf 608 % ansteigt. Das wären ca. 1,6 Mio. Euro weniger für die Stadtkasse gewesen. Als Gegenfinanzierung wollten wir ca. 4,1 % bzw. 1 Mio. Euro vom Kulturetat (die Stadt gibt 24 Mio. Euro jährlich aus) streichen und die Auflösung der städtischen Gesellschaft namens ICOB einleiten. Die Stadt gibt dort rund 600.000 Euro jährlich an Steuermitteln aus. Der Erfolg der ICOB ist mäßig. Die ICOB beschäftigt sich mit der Wirtschaftsförderung, aber der Nutzen ist zumindest fragwürdig. Auch die Stadtverwaltung selbst hat eine Wirtschaftsförderung, die wir durch Zentralisierung und Synergieeffekte effizienter gestalten wollen. CDU, SPD etc. lehnten unseren Antrag ab. Stattdessen brachten sie einen Änderungsantrag zur Grundsteuer ein, der bereits im Land Dank CDU und SPD dreimal im Landtag abgelehnt wurde. Wir nennen das Veräppelung der Frankfurter Bürgerschaft.

Bei namentlicher Abstimmung ging der Antrag mit 22 Ja (u. a. Déseré Schrade und Matthias Steinfurt) und 17 Nein sowie 3 Enthaltungen durch. Dagegen stimmen AfD und FDP komplett dagegen, Wolfgang Welenger (Linker),Tilo Winkler (CDU) und Uwe Henning (FBI) stimmten ebenfalls dagegen. Dazu gab es noch Enthaltungen von der CDU, Linke und Grünen.

Hier ist klar erkennbar, wer es mit den Frankfurter Bürgern ernst meint. Wir meines es ernst!

Impressum:

Das AfD-Journal
für Frankfurt (Oder)
Wilko Möller (MdL)
Ingolf Schneider (FV) †

AfD-Stadtverband
Frankfurt (Oder)
AfD-Fraktion
Frankfurt (Oder)
Müllroser Chaussee 22
15236 Frankfurt (Oder)

Herausgeber:
AfD-Fraktion
Frankfurt (Oder)

Auflage: 30.000 Stück

Verantwortlich im Sinne
des Deutschen Presserechts:
Wilko Möller MdL
und Ingolf Schneider †

Tel.: 0152 01725930
E-Mail: wilko.moeller@afd-ffo.de

Spendenkonto:
AfD-Stadtverband Frankfurt (Oder)
Deutsche Bank AG
IBAN: DE18120700240223933300
BIC: DEUTDEDB 160